

## AUS DER FORSCHUNG

### Leonard Krippner „Platform Services in the Digital Single Market – Workshop on discussion draft of an EU Directive on Online Intermediary Platforms“, 7.–8. April 2016

Die zweite Konferenz zu „Platform Services in the Digital Single Market – Workshop on discussion draft of an EU Directive on Online Intermediary Platforms“ vom 7. und 8. April 2016 wurde von *Christoph Busch, Hans Schulte-Nölke, Aneta Wiewiórowska-Domagalska* und *Fryderyk Zoll* in Zusammenarbeit mit der Jagiellonen-Universität als Teil des Projektes „Made in Europe – European Legal Standards of Quality for Services on the Global Competitive Market“ organisiert. Dieses Projekt wird von dem Polnischen Nationalen Zentrum der Wissenschaft co-finanziert (Projekt-Nr.UMO-2012/04/A/HS5/00709).

Die digitale Wirtschaft wird zunehmend von Internet-Plattformen bestimmt bzw. geformt, welche als moderne Marktplätze dienen, auf denen Dinge ge- und verkauft sowie Dienstleistungen aller Arten gebucht werden können.<sup>1</sup>

In ihren Allgemeinen Geschäftsbedingungen betonen diese Plattformen fast ausnahmslos ihre Rolle als Vermittler, während ihre Kunden sie überwiegend als Verkäufer oder Dienstleister wahrnehmen.<sup>2</sup>

Im November letzten Jahres fand in Osnabrück bereits eine Konferenz zu diesem Thema statt, in der bereits einzelne Aspekte dieser „Plattform Wirtschaft“ diskutiert wurden, unter ihnen beispielsweise: Kriterien, die definieren, ob eine solche Plattform nur Vermittler oder doch „Vertragspartner“ bei einem Vertrag über einen Kauf oder eine Dienstleistung, welche über die Plattform geschlossen wurde, ist oder welche Rechte und Obliegenheiten Verkäufer und Dienstleister im Verhältnis zur Plattform haben.

Damals entschieden die Teilnehmer der Konferenz die Forschung auf diesem Feld weiter zu betreiben und, auch in rechtsvergleichender Hinsicht, die Reichweite einer möglichen Notwendigkeit einer Regulierung durch die Europäische Union abschätzen zu können und ein Instrument zu schaffen, das möglicherweise als Blaupause für eine zukünftige Regelung der Europäischen Union dienen könnte.

Während dieser zweiten Konferenz wurden wichtige grundlegende Fragen einer möglichen Regelung wie deren Reichweite sowie Definitionsfragen erörtert. Unter anderem wurde überlegt, inwiefern die Plattform über die Gründe der Auflistung bzw. Platzierung der Angebote aufklären muss, welche beispielsweise sein könnten: Bezahlung für eine hochrangige Platzierung oder aber ein Algorithmus bzw. eine Kombination. Außerdem fand eine kontroverse Diskussion über Bewertungssysteme, deren Ausgestaltung, Umfang und Einflussnahmemöglichkeiten der Plattform, den Usern oder Anbietern statt.

Eine große Übereinstimmung gab es bei der Frage, ob Plattformen eine wie auch immer geartete Pflicht/Obliegenheit haben sollten, negativ aufgefallene Benutzer zu sperren oder zu sanktionieren, wenn auch bisher kein Konsens darüber gefunden wurde, wie genau diese Sanktionen ausfallen sollen. Die grundsätzliche Haftung des Plattform-

---

<sup>1</sup> C. Busch, *The Rise of the Platform Economy: A New Challenge for EU Consumer Law?*, EuCML 2016, 3, Rn. 4.

<sup>2</sup> Ebd., Rn. 5.

betreibers war genauso Thema wie deren grundlegenden oder umfassenden Informationspflichten.

Da allerdings im Ergebnis ob des schwierigen und umfangreichen Sachverhalts und der knapp bemessenen Zeit doch viele Fragen offen blieben oder noch gar nicht angerissen wurden, ist weiterer Gedankenaustausch geplant.

Zur Wahrnehmung dieser Konferenz lässt sich berichten, dass bereits wenige Tage nach der zweiten Konferenz, welche wohlgemerkt nur über eine mögliche Blaupause für eine in Zukunft eventuell nötig erscheinende Regelung durch die Europäische Union beriet, bereits elf der 28 Mitgliedsstaaten Kritik an einer solchen geäußert haben.

Dass diesem Thema momentan eine steigende Bedeutung beigemessen wird, zeigen die Stellungnahmen der Europäischen Kommission (COM(2016) 288/2)<sup>3</sup> sowie von Bund und Ländern vom 28.4.16<sup>4</sup> sowie in eine ähnliche Richtung gehende Vorschläge für eine Regelung der Problematik aus Frankreich<sup>5</sup> und Italien.<sup>6</sup>

---

<sup>3</sup> <https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/news/communication-online-platforms-and-digital-single-market-opportunities-and-challenges-europe>.

<sup>4</sup> [http://urheber.info/aktuelles/2016-04-28\\_online-plattformen-bund-und-laender-senden-stellungnahme-an-eu](http://urheber.info/aktuelles/2016-04-28_online-plattformen-bund-und-laender-senden-stellungnahme-an-eu).

<sup>5</sup> <https://www.republique-numerique.fr/>.

<sup>6</sup> <http://www.euractiv.com/section/digital/news/italy-set-to-pull-ahead-of-brussels-on-online-platform-regulation/>.